



Vizepräsident des Bundesrates beim Internationalen Holocaust-Gedenktag in Prag und Theresienstadt

Vizepräsident des Bundesrates beim Internationalen Holocaust-Gedenktag in Prag und Theresienstadt
Bundesratsvizepräsident Stanislaw Tillich reist zum Internationalen Holocaust-Gedenktag vom 26. bis 27. Januar 2015 nach Prag und Theresienstadt. Am Montagvormittag kommt Tillich im Finanzministerium in Prag mit dem stellvertretenden Premierminister der Tschechischen Republik, Andrej Babis, zu politischen Gesprächen zusammen. Im Anschluss nimmt er in der Prager Burg am Internationalen Forum "let my people live!" teil, einer gemeinsamen Veranstaltung der Tschechischen Republik, des Europäischen Parlamentes und des Europäischen Jüdischen Kongresses. Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, lädt am Dienstag zum "Runden Tisch der Parlamentspräsidenten" - ebenfalls in der Prager Burg. Am Nachmittag fährt Tillich nach Theresienstadt, um im ehemaligen Konzentrationslager gemeinsam mit dem Präsidenten der Tschechischen Republik, Milos Zeman, der Opfer der Nazi-Diktatur zu gedenken. "Es ist wichtig, dass die Erinnerung an die Gräueltaten der Nazis, an Barbarei und unfassbare Leiden der Opfer lebendig bleibt. So wie das Erinnern unsere Verpflichtung ist, so liegt das Handeln in unserer Verantwortung. Als Demokraten sind wir dazu aufgerufen, mutig und entschlossen jeden Tag für Mitmenschlichkeit, Toleranz und die Würde aller Menschen einzutreten", erklärte der Vizepräsident im Vorfeld der Gedenkveranstaltung. Tillich vertritt Bundesratspräsident Volker Bouffier, der am 27. Januar 2015 an der Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus im Bundestag teilnimmt. Der 27. Januar ist von den Vereinten Nationen im Jahr 2005 zum Internationalen Gedenktag für die Opfer des Holocaust erklärt worden. An diesem Tag wurde 1945 das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau durch Soldaten der Roten Armee befreit. Es gelten die Akkreditierungsregeln der besuchten Institutionen. Bundesrat Presse, Öffentlichkeit, Besucherdienst
11055 Berlin
Telefon: 030 18 9100-170
E-Mail: newsletterredaktion@bundesrat.de
Verantwortlich: Camilla Linke

Pressekontakt

Bundesrat

10117 Berlin

newsletterredaktion@bundesrat.de

Firmenkontakt

Bundesrat

10117 Berlin

newsletterredaktion@bundesrat.de

Der Bundesrat ist eines der fünf ständigen Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland. Neben Bundespräsident, Bundestag, Bundesregierung und Bundesverfassungsgericht ist der Bundesrat als Vertretung der Länder das föderative Bundesorgan. Durch den Bundesrat sind die Länder unmittelbar an der Willensbildung des Bundes beteiligt und wirken dadurch in die Politik des Bundes hinein. Andererseits macht sich der Bund durch den Bundesrat die politischen und verwaltungsmäßigen Erfahrungen der Länder zunutze und wirkt mit Zustimmung des Bundesrates durch Gesetze, Rechtsverordnungen, Allgemeine Verwaltungsvorschriften und indirekt durch Regelungen der Europäischen Union in den Bereich der Länder hinein. So ist der Bundesrat die Bundeskammer der Länder, gleichzeitig aber auch die Länderkammer des Bundes. Bei der engen Verflechtung der Zuständigkeiten von Bund und Ländern - sie ist viel enger als zum Beispiel in den USA - ist eine solche "Mittlerfunktion" besonders wichtig. Der Bundesrat hat dabei die Belange der Länder zu wahren, gleichzeitig aber auch die Bedürfnisse des Gesamtstaates zu beachten. Wer im Bundesrat mitentscheidet, der kann das "Bundesinteresse" nie ohne das "Länderinteresse" und das "Länderinteresse" nie ohne "Bundesinteresse" sehen. Durch das Bundesorgan Bundesrat, das von den Regierungen der Länder gebildet wird, sind die Gliedstaaten also sehr eng in das politische Handeln und Unterlassen des Gesamtstaates einbezogen. Sie sind nicht nur "Befehlsempfänger", sondern sie entscheiden mit.